V-26

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen!

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in:	Franziska Brantner (Heidelberg KV)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Antragstext

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen!

Nach einem historischen Wahlerfolg von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Wahl zum Europäischen Parlament werden die Weichen in der Europäischen Union neu gestellt. Das neue Europäische Parlament hat sich mit einer starken Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz neu formiert. Im November 2019 nimmt die neue Europäische Kommission ihre Arbeit auf und ihr Arbeitsprogramm wird wegweisend für die kommenden Jahre europapolitischer Politik. Die ersten großen Gesetzesvorhaben werden dabei von dem Land verhandelt, das ab dem 1. Juli 2020 die EU-Ratspräsidentschaft innehaben wird: Deutschland. Deutschland bildet ab dem 1. Juli 2020 bis Ende 2021 mit Portugal und Slowenien die sogenannte Trio-Präsidentschaft. Im zweiten Halbjahr 2020 hat Deutschland die Federführung. Das Trio formuliert gemeinsame Ziele und Prioritäten und erarbeitet ein konkretes Programm, mit dem sich der Rat während der drei Präsidentschaften befassen wird.

Die deutsche Ratspräsidentschaft zur Klima-Präsidentschaft machen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern, dass diese EU-Präsidentschaft DIE Klima-Präsidentschaft wird. Denn im 2. Halbjahr 2020 werden im Rahmen der Vereinten Nationen Entscheidungen fallen. Hier gilt es, dass die EU als glaubwürdiger Akteur auftreten kann. Dazu muss sich die EU auf verbindliche Maßnahmen einigen, um unseren fairen Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaschutzziele zu leisten. Doch bislang versagt die Bundesregierung nicht nur national beim Klimaschutz, sondern auch europäisch. Das unambitionierte Klimapaket wird nur noch übertroffen von Deutschlands Blockade bei europäischen Verhandlungen für mehr Klimaschutz. Es darf nicht sein, dass Europa durch die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung die Europäischen Union lähmt und dadurch die EU bei dieser rasanten Entwicklung den Anschluss verliert. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen eine zu 100 Prozent erneuerbare und energieeffiziente Europäische Union als Treiber für die internationale Energiewende. Dafür muss das europäische Klimaschutzziel, das sich keineswegs auf dem Pfad der Pariser Klimaziele bewegt, ambitionierter und verbindlich werden (HIER DAS Ziel dann einfügen, auf das sich die BDK einigt). Ursula von der Leyen hat für ihre ersten 100 Tage ein

Klimaschutzgesetz angekündigt. Dieses Gesetz muss verbindlich einen Treibhausgasminderungspfad festlegen und mit den notwendigen Maßnahmen in den Sektoren unterlegen, damit Europa seine Verpflichtungen im Pariser Klimavertrag vollumfänglich erreicht. Auf Deutschland wird es dann ankommen, dass sich die Mitgliedstaaten im Rat auf eine ambitionierte Position einigen. Da darf die aktuelle deutsche Politik auf keinen Fall der Maßstab für sein!

Wir brauchen außerdem nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa einen vollständigen Kohleausstieg. Während in Deutschland dafür die Milliardenpakete geschnürt werden, sieht es auf europäischer Ebene dafür mau aus. Dabei ist klar: auch andere europäische Kohleregionen zum Beispiel in Polen werden Unterstützung für die Transformation brauchen und ihre Regierungen ambitionierte Klimaziele auch nicht ohne Unterstützung mittragen. Der derzeit angestrebte Just-Transition Fonds ist dafür eine Grundlage. Die grüne Transformation der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft muss aber als Querschnittsthema im nächsten EU Haushalt gestaltet werden. Auch hier kommt es auf die deutsche Regierung an aus dem Kohleausstieg ein europäisches Projekt zu machen! Wir können für das Klima auch viel tun mit einer Wirtschaft, die vor 2050 auf 100% erneuerbare Energien setzt - dafür braucht die EU auch eine grüne Industriepolitik.

Trotz eines ambitionierteren französischen Vorschlags möchte Deutschland daran festhalten, dass nur 25% der Ausgaben des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 – 2027 der EU einen Beitrag zur Erreichung der EU-Klimaziele leisten sollen. Bisher fordert das Europäische Parlament dank Grünen Drucks immerhin 30 Prozent fürs Klima und 10 Prozent für die Biodiversität, ein erster richtiger Schritt. Finanzminister Scholz sollte sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Blockade der deutschen Regierung für mehr Klimaschutz im Haushalt der Europäischen Union endlich aufbricht.

EU Haushalt stärken

Für die Finanzierung von ernst gemeintem Klimaschutz, für den sozialen Zusammenhalt in Europa, aber auch für Innovation, Austausch der Bürgerinnen und Bürger braucht es einen gestärkten EU Haushalt. Die Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen auf europäischer Ebene laufen. Sie werden vermutlich während der deutschen Ratspräsidentschaft abgeschlossen werden.

Die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen fordert 1 000 Milliarden Euro für den Klimaschutz in der Europäischen Union. Der Europäische Rechnungshof fordert sogar das Zehnfache. Doch die deutsche Bundesregierung hält am 1-Prozent-Ziel als Anteil am europäischen Bruttoinlandsprodukt für den europäischen Haushalt fest, und möchte an den Ausgaben aber auch nichts ändern. Gleichzeitig trägt die Bundesregierung in der EU zur Blockade wichtiger Maßnahmen gegen Steuerdumping bei, die einen größeren EU-Haushalt gegenfinanzieren könnten. Das bedeutet de facto: keine Investitionsoffensive für das Klima, ein Nein zu von der Leyens Programm. Wir wollen x, y für den EU Haushalt (ZIEL hier einfügen, auf das sich die BDK im Bauantrag einigt).

Was in Deutschland die Fixierung auf die schwarze Null ist, das ist in der Europäischen Union das 1-Prozent-Ziel. Ein Aufbruch für Europa sieht ganz anders aus.

Die Europäische Investitionsbank (EIB) zur Klimabank machen: ‚Energy Efficiency First‘

Bündnis 90/DIE GRÜNEN treibt gemeinsam mit unseren Freundinnen und Freunden aus Europa die
Debatte über eine neue Finanzierungspolitik der Europäischen Investitionsbank (EIB) an. Deutschland gehört zu größten Geldgeber der Bank. Wir begrüßen den Vorschlag der EIB für ihre geplante Darlehenspolitik im Energiebereich, die Finanzierung von Projekten mit fossilen Brennstoffen einzustellen sowie alle Bemühungen, die Aktivitäten der EIB mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens in Einklang zu bringen. Es braucht allerdings mehr ehrgeizige Schritte um die EIB in eine Klimabank zu verwandeln. Dazu braucht die EIB mehr Eigenkapital, um innovative Technologien in großem Umfange finanzieren zu können und eine Managementkultur, Risiken einzugehen, die Privatinvestoren noch nicht tragen wollen. Einen schnellen Fossil-Ausstieg unterstützen wir voll und ganz.

Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen

Die deutsche Ratspräsidentschaft muss während der Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt auf
die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie setzen. Europas Werte basieren auf der Grundrechtecharta: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Dieses Jahr wird die Grundrechtecharta zehn Jahre. Ein Grund zu feiern! Doch europäische Demokratie ist kein Selbstläufer. In Zeiten von erstarkendem Rechtspopulismus stärken wir gezielt die demokratischen Kräfte in den betroffenen Mitgliedstaaten. Darum fordern Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Wenn Regierungen in Mitgliedstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit systematisch und dauerhaft untergraben, soll die EU-Kommission den nationalen Regierungen die Kontrolle über die Vergabe von EU-Geldern entziehen können. Das muss im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen unter deutscher Ratspräsidentschaft verankert werden.

Die bestehenden Instrumente der EU zur Sicherung von Rechtstaatlichkeit und Demokratie sollten auch während der Ratspräsidentschaft weiterentwickelt werden: Wir brauchen dringend einen wirksamen Rechtsstaatsmechanismus. Darunter verstehen wir einen umfassenden, alle Mitgliedsstaaten einschließenden und jährlichen Bericht über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch eine unabhängige Kommission, die sich aus den Nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament ernannten Verfassungsexperten zusammensetzt.

Bei akuten und gravierenden Verletzungen von demokratischen Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit durch einzelne nationale Gesetze erstellt die "Rechtsstaats-Kommission“ Ad-hoc-Berichte und schlägt der Europäischen Kommission Reaktions- und Sanktionsmöglichkeiten vor. Doch Sanktionen alleine reichen nicht aus: Wir wollen Rahmenbedingungen für Zivilgesellschaft, Medien und politische Pluralität in der EU stärken. Um aktiv und gemeinnützig agierende Akteur/innen zu schützen, sollte die deutsche Ratspräsidentschaft sich für die Schaffung eines europaweiten Vereins- und Gemeinnützigkeitsrechts einsetzen.

Dabei schauen wir auch auf uns in Detuschland selbst: Urteile des EuGH dürfen Mitgliedstaaten der EU nicht ignorieren. Vertragsverletzungsverfahren laufen auch gegen Deutschland. Dabei muss gerade Deutschland während der Ratspräsidentschaft zeigen: Vertragsverletzungsverfahren nimmt die Bundesregierung ernst und beendet den andauernden Verstoß zum Beispiel gegen die EU-Nitratrichtlinie.

Stärkung der Menschrechte innerhalb und außerhalb der EU

Die EU Kommission wird eine neue Antidiskriminierungsrichtlinie vorlegen, die Diskriminierung außerhalb des Arbeitsmarktes für alle Diskriminierungstatbestände verhindern und ahnden soll. Hier sollte die deutsche Ratspräsidentschaft eine ambitionierte Ratspositionierung ermöglichen. Dies ist besonders wichtig vor dem Hintergrund, dass die deutschen Regierungen der letzten Jahre immer eine solche Antidiskrimierungsgesetzgebung mit verhindert haben.

Außerdem kann die deutsche Ratspräsidentschaft mit Blick auf Gleichberechtigung die angekündigten Initiativen für Lohngleichheit und gegen Gewalt an Frauen gestärkt und konkretisiert werden. Hier braucht es ambitionierte Gesetzgebung statt weiterer Koordinierungsprozesse. Die von Ursula von der Leyen angekündigte Richtlinie gegen geschlechterbezogene Gewalt muss vorgelegt werden, statt wieder in der Schublade zu verschwinden. Wir fordern, dass die Bundesregierung ihre Ankündigung wahr macht und eine Initiative für nachhaltige Lieferketten startet. Es braucht verbindliche Regeln, die sicherstellen, dass unsere Lieferketten frei von Menschenrechtsverletzungen und Umweltverbrechen sind.

Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die sich für Menschenrechte stark macht und Frieden sichert. Statt Aufrüstung und einer Politik, die nur auf den nationalen Vorteil bedacht ist, brauchen wir eine EU, die friedens- und sicherheitspolitisch mit einer Stimme spricht. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass Verteidigerinnen von Menschenrechten und Demokratie, Hinweisgeberinnen, aber auch Bürgerdialoge mehr und unbürokratischer gefördert und geschützt werden. Eine konkrete Aufgabe für die deutsche Ratspräsidentschaft wird es sein, den Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie des Europäischen Rates voranzutreiben.

Menschenrechte müssen bei allen EU-Handelsverträgen verbindlich durchsetzbar werden und ein Beitrag zu den Pariser Klimazielen geleistet werden.

An der Schnittstelle zwischen Innen und Außen stehen die Menschenrechte von Geflüchteten und die Genfer Flüchtlingskonventionen.

Bei dem angekündigten Neuaufschlag für Migration und Asyl wird es entscheidend auf die Bundesregierung während der deutschen Ratspräsidentschaft ankommen, hier die Menschenrechte, das Recht auf Asyl und die Einhaltung von internationalem Recht hochzuhalten.

Begründung

Die deutsche Ratspräsidentschaft steht an!

Als Europapartei definieren wir unsere Erwartungen an die Bundesregierung rechtzeitig.

weitere Antragsteller*innen

Sven Giegold (Düsseldorf KV); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Henrike Hahn (KV München); Henning Schürig (KV Stuttgart); Julian Dietzschold (Heidelberg KV); Lysander-Noel Liermann (KV Ludwigsburg); Michael Gross (KV Biberach); Gabriela Lachenauer (KV Odenwald-Kraichgau); Ina Schultz (KV Sigmaringen); Melis Sekmen (KV Mannheim); Anja Reinalter (KV Biberach); Ulle Schauws (KV Krefeld); Anna Deparnay-Grunenberg (KV Stuttgart); Mareile Große Beilage (KV Mannheim); Leoni Neubauer (KV Mannheim); Alexandra Alth (KV Reutlingen); Cornelia Furtwängler (KV Biberach); Sibylle Steffan (KV Berlin-Neukölln); sowie 5 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.